Berghof Foundation (BF)

Wenn man Menschen erst einmal so weit hat, dass sie sich hier nicht zuhause fühlen…". Radikalisierung im Kontext aktueller gesellschaftlicher Dynamiken

Ergebnisse der regionalen Expert:innen-Befragung „Islamistischer Extremismus" 2024/2025

Michaela Glaser

Phänomenmonitoring

Zusammenfassung

Zum zweiten Mal wurden im Rahmen des MOTRA-Monitorings feldkundige Praktiker:innen der Islamismusprävention zu aktuellen Radikalisierungsdynamiken im Phänomenfeld „Islamistischer Extremismus" befragt.

Die Expert:innen berichteten über Veränderungen im Akteursspektrum und bei Ansprachestrategien, zu Entwicklungstrends bei jugendlichen Adressat:innen sowie über regionale Besonderheiten und den Einfluss gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen. Im Mittelpunkt standen dabei insbesondere die wachsende Bedeutung von TikTok und KI für das Phänomenfeld, eine zunehmende Verjüngung der Adressat:innen der Arbeit sowie die Auswirkungen innen- und außenpolitischer Ereignisse. Vor allem der deutschen Debatte zum Nahostkonflikt, aber auch jüngeren migrationspolitischen Auseinandersetzungen wurde bescheinigt, dass sie bei Menschen mit Migrationsgeschichte und bei Muslim:innen zu starken Entfremdungserfahrungen führten. Diese Erfahrungen wurden von den Expert:innen zugleich als potenzielles Einfallstor für demokratiefeindliche Narrative islamistischer Akteur:innen gewertet.

Im Vergleich zur ersten Befragung zeigte sich insgesamt eine deutlich gesteigerte Problemdruckwahrnehmung im Handlungsfeld.

Stichworte

Islamistischer Extremismus | Social Media | Remigrationsdebatte | Nahostkonflikt | Expert:innenbefragung

Die regionale MOTRA-Expert:innenbefragung 2024/2025

Im MOTRA-Modul der Berghof Foundation wird ein Monitoring des aktuellen Radikalisierungsgeschehens aus Expert:innenperspektive auf nationaler und regionaler Ebene realisiert. Zu diesem Zweck werden in regelmäßigen Abständen ausgewählte Expert:innen aus thematisch relevanten Handlungsfeldern qualitativ befragt. Gegenstand dieses Beitrags sind Ergebnisse aus dem regionalen Panel, in dem Praktiker:innen der beratenden und (sozial)pädagogischen Arbeit zu Rechtsextremismus und Islamismus aus verschiedenen Bundesländern mitwirken.[1]

Für dieses Panel wurden Akteur:innen ausgewählt, die zum einen über langjährige Erfahrungen in ihrem Handlungsfeld verfügen, zum anderen in ihren jeweiligen Bundesländern etabliert und gut vernetzt sind – und insofern über einen breiten Radius an feldrelevanten Einblicken aus ihrer Region verfügen. Die Befragungen des regionalen Panels finden in der zweiten Förderphase von MOTRA (Februar 2025 bis März 2028) jährlich alternierend zu Rechtsextremismus und islamistischem Extremismus statt, wobei jeweils die im entsprechenden Handlungsfeld tätigen Expert:innen einbezogen werden. Die beteiligten Expert:innen werden zu ihrer Wahrnehmung des aktuellen Radikalisierungsgeschehens im jeweiligen Bundesland, zu sich zeigenden regionalen Spezifika sowie zu Wissens- und Handlungsbedarf im Themenfeld befragt.

Im Folgenden werden zentrale Ergebnisse aus der zweiten Befragung mit dem Schwerpunkt „Islamistischer Extremismus“ vorgestellt, die 2024/2025 realisiert wurde.[2] Nach einer kurzen Darstellung des Studiendesigns wird zunächst darauf eingegangen, wie sich der wahrgenommene Problemdruck im Handlungsfeld im Vergleich zur letzten Befragung entwickelt hat. Anschließend werden die Beobachtungen und Einschätzungen der Expert:innen zu relevanten Akteur:innen und deren Ansprachestrategien, zu Entwicklungen bei jugendlichen Adressat:innen sowie zu zentralen gesellschaftlichen Einflussfaktoren auf das Handlungsfeld dargestellt und

1 *Ein weiteres, phänomenübergreifend und bundesweit ausgerichtetes Panel („nationales Panel“) versammelt Akteur:innen aus Wissenschaft, Behörden, pädagogischer Fachpraxis und Zivilgesellschaft. Die Erhebungen in diesem Panel werden seit 2025 per Online-Fragebogen erfasst, dienen der Vorbereitung der vertiefenden regionalen Erhebungen und werden zudem in Kurzberichten veröffentlicht.*

2 *Zu den Ergebnissen der ersten Befragung in 2022/2023 vgl. Glaser, 2023.*

diskutiert. Abschließend werden regionale Unterschiede sowie der von den Befragten benannte Wissens- und Handlungsbedarf skizziert.

Sample und Methodik

Die im regionalen Panel mitwirkenden Akteur:innen der Islamismusprävention arbeiten überwiegend in der Beratungs- und Distanzierungsarbeit, das heißt sie beraten und begleiten potenziell radikalisierungsgefährdete oder bereits extremistisch involvierte und distanzierungswillige Menschen sowie das familiale und professionelle Umfeld dieser Personen. Der Fokus, mit dem diese Expert:innen das Phänomenfeld betrachten, liegt – ihren Feldeinblicken wie auch ihrem Arbeitsauftrag entsprechend – in besonderem Maße auf jungen Menschen, die Zielgruppen von Ansprachen und Rekrutierungen islamistischer Akteure sind, sowie auf Entwicklungen, die sie mit Blick auf diese jungen Menschen und deren potenzielle Radikalisierung als besonders relevant erachten.

An der Erhebung nahmen Fachkräfte aus fünfzehn Einrichtungen bzw. Projekten aus dem Handlungsfeld „Islamismusprävention" teil.[3] Im Sample waren zwölf Bundesländer mit insgesamt vierzehn Angeboten vertreten, ein Angebot hatte einen bundesweiten Einzugsbereich.

Die Interviews wurden im Zeitraum von Dezember 2024 bis April 2025 anhand eines teilstandardisierten Leitfadens geführt und mithilfe inhaltsanalytischer Verfahren ausgewertet.[4] Im Juni 2025 fand eine gemeinsame Ergebnisdiskussion statt, an der dreizehn Angebote teilnahmen; von zwei verhinderten Expert:innen wurden schriftliche Rückmeldungen eingeholt.

3 *An der Befragung nahmen Mitarbeiter:innen aus folgenden Angeboten und Institutionen teil: AJS NRW e. V., Projekt Plan P: Jugend stark machen gegen islamistische Radikalisierung; Beratungsstellen von VPN aus zwei Bundesländern; Fach- und Beratungsstelle für Gewalt- und Radikalisierungsprävention SALAM Sachsen-Anhalt; FEX Fachstelle für Extremismusdistanzierung, Demokratiezentrum Baden-Württemberg; Fachstelle Islam des DIB der RAA Brandenburg; ein Angebot aus Berlin; IFAK e. V. NRW; Sächsisches Staatsministerium für Soziales, Gesundheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt, Koordinierungs- und Beratungsstelle Radikalisierungsprävention (KORA); Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung Rheinland-Pfalz, Beratungsstelle Salam; PROvention, Präventions- und Beratungsstelle gegen religiös begründeten Extremismus in Schleswig-Holstein, Türkische Gemeinde in Schleswig-Holstein e. V.; streetwork@online, AVP e.V; zwei Angebote der Beratungsarbeit zu islamistischem Extremismus aus Norddeutschland. Allen Mitwirkenden an dieser Stelle ein großer Dank für ihr zeitliches Engagement und ihre geteilte Expertise.*

4 *Für ihre engagierte und kompetente Unterstützung bei der Aufbereitung des Datenmaterials danke ich Maria Mahlberg.*

Auch diese Rückmeldungen flossen in die Auswertung ein (zur Methodik ausführlicher vgl. Glaser, 2023).

Die gewonnenen Befunde wurden darüber hinaus mit den Ergebnissen der ersten Befragung aus den Jahren 2022/2023 in Beziehung gesetzt, um Veränderungen in den berichteten Dynamiken zu identifizieren.

Deutlich gestiegene Problemdruckwahrnehmung

Als übergreifender Befund lässt sich festhalten, dass die Interviews im Vergleich zur Vorgängererhebung von einer deutlich gesteigerten Wahrnehmung der Brisanz aktueller Entwicklungen geprägt waren.

Diese gesteigerte Problemdruckwahrnehmung bezog sich zum einen auf Entwicklungstendenzen, die unmittelbar bei den jugendlichen Adressat:innen der eigenen Arbeit konstatiert wurden (vgl. „Adressat:innen"). Sie galt zum anderen gesamtgesellschaftlichen Debatten, deren Einfluss auf junge Menschen und den möglichen Auswirkungen auch auf Polarisierungs- und Radikalisierungstendenzen im eigenen Handlungsfeld (vgl. „Auswirkungen politischer Ereignisse und Debatten").

In vielen Interviews – unter anderem aus allen beteiligten ostdeutschen Bundesländern – wurde darüber hinaus eine deutliche Verschlechterung auch mit Blick auf die gesellschaftliche Akzeptanz und die Spielräume der eigenen Arbeit konstatiert. Genannt wurde hier einmal eine wahrgenommene Abnahme der Wertschätzung und Anerkennung pädagogischer, beratender und klientenorientierter Arbeit im Handlungsfeld. Zurückgeführt wurde dies auf ein insgesamt verändertes politisches Klima im Umgang mit (vermeintlichem oder tatsächlichem) Islamismus, das sich seit der Serie von Terroranschlägen in Deutschland im Jahr 2024 deutlich verschärft habe. In der Konsequenz zeige sich eine verstärkte Sicherheitsorientierung der öffentlichen Debatte, die mit wachsender Skepsis gegenüber beratenden und pädagogischen Ansätzen einhergehe.

Problematisiert wurde des Weiteren das Erstarken rechtsorientierter Kräfte und hier insbesondere der AfD. Diese würde die Arbeit zum einen

grundsätzlich hinterfragen und könne dies, auf lokaler und regionaler Ebene, auch zunehmend als Teil politischer Entscheidungsstrukturen tun. Zum anderen würde sie versuchen, das Thema Islamismus für ihre eigene Anti-Migrations- und Anti-Islam-Agenda zu funktionalisieren. Diese Bestrebungen werden von den Befragten nicht nur als Infragestellung der eigenen Arbeit erlebt. Berichtet wurde auch eine damit verbundene Veränderung von Handlungsspielräumen – insbesondere dahingehend, wie offen über Entwicklungen im Handlungsfeld kommuniziert, publiziert und sich mit anderen Akteur:innen ausgetauscht werden kann.

Bei einem Vergleich der beiden Befragungszeiträume ist zu berücksichtigen, dass Ende 2022, nach dem Auslaufen der Coronabeschränkungen, die pandemiebedingt gedrosselten Dynamiken im Handlungsfeld erst langsam wieder Fahrt aufnahmen (vgl. Glaser, 2023). Auch gilt es, die schwierige Finanzsituation in Rechnung zu stellen, in der sich viele Akteur:innen, aufgrund des vorzeitigen Koalitionsbruchs und der damit verbundenen Haushaltssperre im Befragungszeitraum befanden. Dies vorangestellt, lässt sich ein deutlich ins Negative verschobener Tenor der aktuellen Erhebung festhalten, sowohl die Einschätzung phänomenbezogener Entwicklungen als auch die auf das Handlungsfeld einwirkenden Rahmenbedingungen betreffend.

Akteur:innen

Relevante Strömungen im Handlungsfeld

Gefragt wurde in dieser Erhebung erneut danach, welche islamistischen Strömungen zum Befragungszeitpunkt von besonderer Relevanz im Arbeitsfeld waren. Der professionellen Perspektive der Expert:innen entsprechend, wurde „relevant“ dabei nicht mit Blick auf sicherheitsbehördliche Kategorien wie zahlenmäßige Akteursstärke oder das Gewaltpotenzial definiert. Die erfragten Einschätzungen bezogen sich vielmehr darauf, welchen Stellenwert die verschiedenen Strömungen bei den jugendlichen Adressat:innen der Arbeit jeweils einnehmen.

Salafi weiterhin hoch relevant
Interviewübergreifend – mit einer Ausnahme – wurde salafistischen Akteur:innen weiterhin eine hohe Relevanz im Handlungsfeld zugeschrieben. In besonderem Maße gelte dies für junge Menschen, die Informationen zu „ihrer" Religion suchen, für Konvertit:innen und Personen, die nach strengeren Auslegungen suchen, wie auch in den Fällen, in denen Jugendliche sich in extremere Richtungen entwickeln.

Regionale Spezifika zeigten sich zum einen hinsichtlich der regionalen Stärke und Verankerung von Akteur:innen. Zum anderen wurde aus ostdeutschen Bundesländern eine (weiterhin) besondere Relevanz von Personen und Gruppierungen berichtet, die unmittelbar aus den familialen Herkunftsregionen der jungen Menschen stammen.

HuT-nahes Spektrum im Westen prominent
In der Befragung von 2022/23 wurde ein deutlicher Bedeutungszuwachs von Akteur:innen aus dem digital agierenden *Hizb ut-Tahrir*-Umfeld diagnostiziert. Dies wurde in der aktuellen Erhebung einmal dahingehend bestätigt, dass *Hizb ut-Tahrir*-nahe Gruppierungen wie *Muslim Interaktiv* sowie (damals noch) *Generation Islam* und *Realität Islam*[5] bei den jugendlichen Adressat:innen der Arbeit eine große Bekanntheit genießen. Als Gründe hierfür wurden ihre starke Online-Präsenz sowie ihr jugendaffines Auftreten benannt. Konstatiert wurde zudem ein vergrößerter Resonanzraum für die Narrative dieses Spektrums infolge des Gazakriegs.[6] Des Weiteren wurde diesen Gruppen, im Unterschied zum salafistischen Spektrum, eine überregionale Kampagnenfähigkeit bescheinigt. Betont wurde aber auch, dass die dezidiert ideologischen Hintergründe dieser Gruppen den jugendlichen Konsument:innen ihrer Online-Angebote häufig nicht bewusst seien.

5 *Inzwischen hat sich Realität Islam in den personalisierten Account „Suhaib Hoffmann" umbenannt und „Generation Islam" in die personalisierten Accounts „Ahmad Tamim" und „Bilal Oromo" transformiert. In der Fachwelt wird dies als formale Anpassung an einen allgemeinen Social Media-Trend zur Account-Personalisierung bei unveränderter inhaltlicher Ausrichtung und als ein Unterlaufen von Verbotsbestrebungen gewertet (Möller, 2025; Modus Zad, 2025).*

6 *Diese Beobachtung korrespondiert mit einer Einschätzung des Experten für Islamismus online, Friedhelm Hartwig. In einem Gespräch mit der Autorin am 15.01. 2026 konstatierte dieser für die zurückliegenden Monate einen deutlichen Zugewinn Hizb ut-Tahrir-verbundener Kanäle im digitalen Raum, was er ebenfalls wesentlich auf den Nahostkonflikt zurückführte.*

Zur Frage der Relevanz dieser Strömung für Hinwendungen zum Islamismus zeigte sich allerdings eine deutliche Ost-West-Differenz. So wurde aus westlichen Bundesländern mehrheitlich berichtet, dass Jugendliche mit entsprechenden inhaltlichen Bezügen unter den betreuten Fällen mit relevanten Anteilen vertreten sind. Dies galt in besonders hohem Maße für Regionen mit starker lokaler Verankerung von Gruppierungen, aber auch für Gegenden, in denen diese nur online präsent sind. Aus östlichen Bundesländern wurde dagegen berichtet, dass entsprechende Bezüge in den Fallmeldungen weiterhin keine oder nur eine geringere Rolle spielen. Dies wurde (wie bereits 2022/23) darauf zurückgeführt, dass diese Gruppierungen mit ihren Themen primär junge Muslim:innen der zweiten und dritten Generation adressieren – einen Personenkreis also, der im Osten nach wie vor sehr klein ist. Von eine:r Befragten wurde aber auch eine diesbezügliche Angleichung an den Westen für die nächsten Jahre prognostiziert.

Hybride, Grauzonen und mainstreamende Akteur:innen

Eine weitere Akteursgruppe, der erneut eine Relevanz im Arbeitsfeld bescheinigt wurde, waren sogenannte „Hybride". Gemeint sind damit Personen, die häufig nur über geringes theologisches Wissen verfügen, in der Regel gewaltdistant sind, jedoch stark dichotomisierende und Polarisierung fördernde Weltbilder vertreten und dabei orthodoxe Islampositionen mit Versatzstücken verschiedener islamistischer Strömungen mischen (vgl. Hartwig, 2021). Wie die genannten *HuT*-Gruppierungen sind hybride Akteur:innen vor allem online aktiv; besonders starke Bezüge bei jungen Menschen wurden allerdings auch hier aus Regionen berichtet, in denen diese auch vor Ort verankert sind.

Thematisiert wurden zudem Gruppierungen, die eine ultraorthodoxe Auslegung des Islam vertreten, in die sie teilweise salafistische Elemente integrieren, dabei jedoch keine politische Agenda verfolgen. Dabei zeigten sich teilweise unterschiedliche Bewertungen hinsichtlich der Problematik und Präventionsrelevanz dieser Akteur:innen: Einmal wurde, mit Blick auf Gemeinden im eigenen Einzugsbereich, konstatiert, dass diese sehr zurückgezogen leben, jedoch die existierende Gesellschaft nicht prinzipiell ablehnen (sich etwa nicht gegen Wahlen aussprechen), sich auch von Extremist:innen distanzieren und mit Sicherheitsbehörden kooperieren. Sie wurden deshalb als durch die Religionsfreiheit gedeckte Phänomene erachtet, die kein präventives Handeln begründen. Eine andere Position

bescheinigte diesen Gruppierungen ebenfalls, unter sicherheitsbehördlicher Perspektive nicht präventionsrelevant zu sein. Sie problematisierte jedoch Abschottungstendenzen und bestimmte inhaltliche Positionen, zum Beispiel Geschlechterbilder, die die Freiheitsrechte von Frauen einschränken. Beide Aspekte, so die Argumentation hier, begründeten durchaus eine Präventionsrelevanz aus der Perspektive der Jugendhilfe.

In einzelnen Interviews wurden außerdem sich islamisch verortende Influencer:innen aus dem Lifestyle- und Sportbereich problematisiert, die islamistische Narrative, z. B. zum Nahostkonflikt, aufgreifen und verbreiten. Die Einschätzung zu diesem, in den Sozialen Medien seit einiger Zeit verstärkt feststellbaren, Phänomen (vgl. Modus Zad, 2025, S. 11) lautete, dass es zu einer Ausweitung des Adressat:innenkreises und zu einem weiteren jugendkulturellem Mainstreaming islamistischer Positionen beitrage.

Wachsende Bedeutung ausländischer Prediger
Als eine unmittelbare Folge KI-basierter Übersetzungsmöglichkeiten (siehe unten) wurde schließlich eine deutlich gestiegene Rezeption ausländischer (sowohl arabisch- als auch türkischsprachiger) Prediger diagnostiziert. Problematisiert wurde dabei zum einen, dass deutsche Verbote für diese Personen nicht relevant seien, weshalb hier sehr viel offener dschihadistische Positionen vertreten würden als im deutschen Akteursspektrum. Als eine besondere Schwierigkeit für den präventiven Umgang wurden zum anderen die begrenzten Kenntnisse zu diesen Akteuren erachtet.

Aktuelle Ansprachestrategien

Auf die Frage, welche Strategien Islamist:innen derzeit nutzen, um ihre Inhalte zu propagieren, wurden vor allem Vorgehensweisen im digitalen Raum thematisiert.

Anpassung an Social-Media-Trends
Als eine markante Entwicklung wurde konstatiert, dass Akteur:innen sich seit einiger Zeit stark an aktuellen Social-Media-Trends orientieren. Das zeige sich unter anderem darin, dass die Protagonist:innen sich zunehmend, in Duktus wie Themenwahl, als Influencer:innen und Lebensberatungs-Coaches inszenieren – mit dem Ergebnis, dass manche von ihnen bei einigen jugendlichen Adressat:innen bereits den Status von „popkulturellen Berühmtheiten“ [Int. 13, 01:00:10] besäßen. In diesem Zusammenhang

wurde auch problematisiert, dass der Content dieser Akteur:innen von den Algorithmen als jugendkulturell relevant erfasst werde. Dadurch kämen verstärkt auch junge Menschen mit islamistischen Inhalten in Kontakt, die nicht auf der Suche nach islambezogenen Themen seien. Dies zeige sich etwa darin, dass die Namen einschlägiger Online-Akteur:innen zunehmend auch unter nicht-muslimischen Jugendlichen bekannt seien.

Als eine weitere aktuelle Strategie, den potenziellen Adressat:innenkreis zu erhöhen, wurden Auftritte auf nicht-extremistischen Plattformen und bei nicht-extremistischen Influencer:innen aus jugendkulturell relevanten Bereichen berichtet.

Einsatz von KI

Benannt wurde des Weiteren eine inzwischen gängige Nutzung von Künstlicher Intelligenz (KI) auch seitens islamistischer Akteur:innen. Als folgenreich wurde hier einmal das bereits erwähnte vereinfachte Übersetzen fremdsprachiger Videos erachtet: Dies trage zu einer, in der eigenen Beratungspraxis bereits wahrnehmbaren, Erhöhung der Reichweite von sehr radikalen, auch offen gewaltbefürwortenden Akteur:innen und ihren Botschaften bei. Als problematisch wurde zudem gewertet, dass mithilfe von KI die Produktion von eigenem, professionell wirkendem, Social-Media-Content erheblich vereinfacht werde. Eine Prognose hierzu lautete, dass sich in der jetzt entstehenden „KI-Generation " [Int. 3, 00:39:16] die Zahl junger Menschen nochmals deutlich erhöhe, die das verfügbare Angebot neu mischen und als selbst ernannte Prediger:innen – und damit als Multiplikator:innen entsprechender Inhalte – aktiv werden.

In einem Interview wurde zudem ein Beratungsfall geschildert, in dem ein prominenter Online-Prediger vermeintlich zu jeder Tages- und Nachtzeit für die jugendliche Klient:in erreichbar sei. Das Beratungsteam nahm an, dass diese umfassende Kommunikation nicht mit dem Prediger selbst stattfand, sondern andere Personen – mithilfe von KI-Tools – sich für diesen ausgaben oder auch in seinem Namen antworteten. Problematisiert wurde zudem, dass es in der Fallbetreuung sehr schwierig sei, mit dieser intensivierten Kommunikation Schritt zu halten. Die kontinuierliche ideologische und emotionale Ansprache mache es deutlich schwerer, in der vergleichsweise beschränkten Beratungszeit Irritationen anzustoßen, Positionen zu hinterfragen und alternative Sichtweisen zu verankern.

Analoge Aktivitäten
Nur vereinzelt wurden neuere Entwicklungen auch bei der Ansprache im analogen Raum berichtet. Genannt wurde hier einmal die Praxis, populäre Online-Prediger in Moscheegemeinden einzuladen, um junge Menschen jenseits des eigenen Gemeindekontextes anzusprechen. Dieser Strategie wurde eine große Effektivität bescheinigt, da auf diese Weise auch Personen erreicht würden, die sonst nie in diese Gemeinden kämen. In den Worten eine:r Expert:in: „Es wäre so, als wenn du Andrew Tate auf einmal in die Innenstadt bringen würdest. Dann hättest du auf einmal einen Pulk von jungen Menschen, weil der ist berühmt im Internet, egal was für eine Position er vertritt." [Int. 13, 01:00:29–01:00:38]

Ein:e Befragte beobachtete in ihrer Region zudem einen intensivierten Aufbau von Jugendgruppen bei mehreren, inhaltlich problematische Positionen vertretenden Gemeinden. Dabei würden aktiv junge Menschen im Sozialraum adressiert und auch sehr erfolgreich angeworben.

Adressat:innen

Ein zweiter Befragungsschwerpunkt galt den Einschätzungen der Fachkräfte, welche aktuellen Entwicklungen sich bei den jugendlichen Adressat:innen ihrer Arbeit[7] zeigen.

Entwicklungen beim Fallaufkommen

Anfragen und Fallbetreuungen weiter auf hohem Niveau
Hinweise auf das Ausmaß des gesamtgesellschaftlich wahrgenommenen wie auch des in der Präventionspraxis registrierten Radikalisierungsgeschehens im Phänomenfeld liefern die Höhe der Anfragen beziehungsweise Fallmeldungen wie auch die Zahl der betreuten Fälle in den

7 *Junge Menschen, die von ihrem Umfeld als islamismusaffin, islamistisch gefährdet oder bereits islamistisch involviert wahrgenommen werden und deshalb durch Angebote der befragten Praxisakteure adressiert werden. Dies geschieht entweder direkt, über Einzelfallbegleitungen sowie im Rahmen von Gruppenangeboten (v. a. Workshops an Schulen) für junge Menschen, oder indirekt, über die beratende und fortbildende Arbeit mit ihrem sozialen und professionellen Umfeld (Angehörige, Lehrkräfte, Soziale Arbeit, Justiz- und Vollzugsbeamte etc.).*

Angeboten.[8] Hierzu ergab der Vergleich der beiden Befragungen folgenden Entwicklungstrend:

Nachdem die Melde- und Fallzahlen während der Coronapandemie stark eingebrochen waren (Glaser, 2023, S. 192ff.), wurden in der letzten Befragung mit dem Auslaufen der Schutzmaßnahmen wieder deutlich erhöhte Zahlen registriert, die teilweise sogar den Stand vor Corona übertrafen. In der aktuellen Erhebung zeigte sich eine Fortschreibung dieser Dynamik: Ganz überwiegend wurde in den Interviews berichtet, dass sich die Zahl der Anfragen wie auch der tatsächlich betreuten Fälle weiterhin auf hohem Niveau bewege. Mehrere Befragte benannten zudem einen weiteren Anstieg von Anfragen in den letzten Jahren; manche sprachen gar von den höchsten Zahlen seit Bestehen ihres Angebots. In keinem Interview wurde ein Rückgang der Zahlen benannt.

Es wurde allerdings auch die Einschätzung formuliert, dass sich in diesen Zahlen neben einem realen Anstieg auch eine gewachsene Sensibilität gegenüber Radikalisierungsanzeichen ausdrücke. Vereinzelt wurde zudem ein gestiegener Anteil unbegründeter Meldungen benannt. Dies wurde auf verstärkte Unsicherheiten von Meldenden, insbesondere seit dem Hamasüberfall und dem folgenden Gazakrieg, zurückgeführt (siehe auch „Auswirkungen politische Ereignisse und Debatten“).

Adressat:innen werden jünger

Ein von allen befragten Expert:innen berichteter, häufig sogar als markanteste Entwicklung benannter, Trend war ein sinkendes Alter der Adressat:innen. Benannt wurde dabei zum einen ein Anstieg von Zwölf- bis Vierzehnjährigen bei Anfragen und betreuten Fällen. Des Weiteren wurde eine, wenn auch weiterhin auf Einzelfälle begrenzte, Zunahme von Meldungen berichtet, die Kinder im Grundschulalter beträfen. Mehrere (wenn auch nicht alle) Befragte formulierten zudem die Einschätzung, dass sich das Hinwendungsalter zum Islamismus insgesamt nach vorne verlagert habe.[9]

8 *Fallmeldungen beziehen sich auf Anfragen an die Angebote zu potenziell radikalisierten oder als radikalisierungsgefährdet wahrgenommenen Personen, die durch das soziale oder professionelle Umfeld der Betroffenen erfolgen. Als Fälle werden solche Meldungen gefasst, die nach Abklärung durch die Fachkräfte als betreuungsrelevant eingestuft werden.*

9 *Diese Einschätzung korrespondiert mit aktuellen Analysen des Verfassungsschutzes, denen zufolge sich auch bei islamistisch begründeten Anschlägen eine Verjüngung der Akteursgruppe zeigt (BMI/BfV, 2025).*

Als zentrale Ursachen hierfür wurden die gestiegene Verfügbarkeit islamistischen Contents auf Social Media sowie das Absinken des Nutzungsalters bei Smartphones erachtet.

Mit Blick auf das Alter der Adressat:innen verfestigt sich somit in der aktuellen Befragung ein Trend, der in 2022/23 in einzelnen Interviews als eine potenzielle Entwicklung benannt wurde.

Anteile weiblicher Adressat:innen
Die Anteile weiblicher Klient:innen differieren in den befragten fallbetreuenden Angeboten teils erheblich. Diese Unterschiede ergeben sich vor allem aus den jeweiligen Zugangswegen in die Beratung – etwa über Schulen, Jugendämter, Sicherheitsbehörden oder das private Umfeld. Als Hinweise auf Verteilungen im faktischen Radikalisierungsgeschehen sind diese Zahlen deshalb nicht aussagekräftig.

Unabhängig von den jeweiligen Anteilen am Gesamtfallaufkommen zeigte sich jedoch bei rund der Hälfte dieser Angebote ein, wenn auch unterschiedlich stark ausgeprägter, Anstieg weiblicher Klient:innen in den letzten Jahren. Zurückgeführt wurde dies unter anderem auf das breitere, auch weibliche Zielgruppen stärker ansprechende Themenspektrum als zu Zeiten des IS-Kalifats. In der Befragung von 2022/23 wurde dagegen nur von eine:r Befragten die – zudem nur vorläufige, noch unter Vorbehalt weiterer Abklärung gestellte – Einschätzung formuliert, dass der Anteil weiblicher Fälle ansteige. Hier könnten sich insofern Hinweise auf mögliche Veränderungen im Handlungsfeld zeigen, die allerdings durch weiterführende empirische Untersuchungen zu untermauern wären.

Genderspezifisches Meldeverhalten
Thematisiert wurden des Weiteren Unterschiede bei den Meldeanlässen, die vor allem aus genderspezifischen, mit unterschiedlicher Sichtbarkeit verbundenen, Bekleidungspraxen resultieren. Demnach stellen bei Mädchen und jungen Frauen Veränderungen im äußeren Erscheinungsbild – vor allem die Vollverschleierung, aber nach wie vor auch das Anlegen des Kopftuchs – einen spezifischen und besonders häufigen Anlass für Beratungsanfragen dar. Dem wurde insofern ein positiver Aspekt zugesprochen, als tatsächliche Radikalisierungsprozesse schon früh wahrgenommen werden können. Problematisiert wurde jedoch, dass diese Bedeckungspraxen auch

öfters Anlass für unbegründete Verdachtsmeldungen seien, was stigmatisierende und potenziell radikalisierungsfördernde Effekte haben könne. Eine Interviewperson berichtete in diesem Zusammenhang auch von konkreten Betreuungsfällen, in denen negative Umweltreaktionen auf Vollverschleierung – die teilweise stärker aus Schutzbedürfnis[10], als aus ideologischen Gründen erfolgte – Radikalisierungen entweder mit ausgelöst oder weiter verstärkt hätten.

Geflüchtete

In der Folge mehrerer Anschläge, die von Menschen mit Fluchtbiografie in 2024 in Deutschland verübt wurden, wurden Geflüchtete in den gesellschaftlichen und politischen Debatten der letzten Monate verstärkt als potenziell radikalisierungsanfällig thematisiert. Vor diesem Hintergrund wurde in der diesjährigen Erhebung erneut gefragt, welchen Anteil Geflüchtete sowohl bei Anfragen an die Angebote als auch in der Fallbetreuung ausmachen.

Aus den östlichen Bundesländern wurde übereinstimmend berichtet, dass Geflüchtete gemeinsam mit Konvertit:innen die Hauptgruppe bei gemeldeten wie bei tatsächlich betreuten Fällen bilden. Diese Verteilung ist den Expert:innen zufolge jedoch der spezifischen demografischen Zusammensetzung in Ostdeutschland geschuldet: da es in diesen Regionen nach wie vor keine zahlenmäßig relevante zweite und dritte Generation aus muslimischen Herkunftskontexten gibt, ist diese auch nicht in nennenswerter Zahl in den Arbeitskontexten der Angebote vertreten (vgl. auch Goldenbaum & Schliephack, 2025).

In den erfassten Angeboten aus westlichen Bundesländern waren Angaben zu den Herkunftskontexten der Klient:innen nicht immer verfügbar. In den Fällen, in denen Angaben – teils auch nur Schätzungen – gemacht wurden, waren die genannten Anteile Geflüchteter im Meldeaufkommen sehr unterschiedlich. Mit Blick auf tatsächlich betreuungsrelevante Fälle wurden (aus den Angeboten, die hierzu Angaben machten) Geflüchtete jedoch als nicht überdurchschnittlich vertretene Gruppe benannt.

10 Dieses Motiv zeigte sich auch bei weiteren berichteten Fällen wie auch im Rahmen einer biografischen Interviewstudie zu jugendlichem Islamismus, an dem die Autorin mitwirkte (Glaser & Johannson, 2023).

Insofern lässt sich konstatieren, dass die These einer besonderen Radikalisierungsgefährdung Geflüchteter sich in der – allerdings nur begrenzten – Datenlage zu in den Angeboten betreuten Fällen aktuell nicht widerspiegelt.

Psychische Belastungen

Ein Thema in den Interviews war auch die Präsenz psychischer Auffälligkeiten im Arbeitsfeld. Mehrere Befragte berichteten, dass psychische Problemlagen bei vielen ihrer Klient:innen eine Rolle spielten. Diese wurden zudem als ein bedeutsamer Vulnerabilitätsfaktor für islamistische Hinwendungs- und Radikalisierungsprozesse erachtet. Unterschiedlich waren allerdings die Einschätzungen dazu, ob die verstärkte Wahrnehmung solcher Auffälligkeiten im Arbeitsfeld tatsächlich auf eine entsprechende Zunahme verweise oder ob sie, vor dem Hintergrund von fachlichen Debatten der letzten Jahre, (auch) einer stärkeren Sensibilisierung der Fachpraxis für diese Thematik geschuldet sei.

Von jenen Befragten, die eine faktische Zunahme entsprechender Fälle konstatierten, wurden hierfür die Gründe benannt, wie sie auch in generellen Studien zum Anstieg psychischer Auffälligkeiten bei jungen Menschen diskutiert werden (vgl. Shoshani &Kor, 2024; Kalwak et al., 2024): Zum einen die Belastungen der Coronapandemie und deren Folgeerscheinungen wie erhöhter Social-Media-Konsum und weiterhin anhaltende Einsamkeitserfahrungen junger Menschen; zum anderen ein multiples Krisenerleben und damit verbundene Verunsicherungen.

Als eine spezifische Gruppe, bei der psychische Belastung eine große Rolle spiele, wurden Geflüchtete genannt. Hier wurden zum einen Traumata aus der Fluchterfahrung und zum anderen die aktuellen Lebenskonstellationen als Ursachen konstatiert.

Überschneidungen mit Rechtsaußen-Positionen

In mehreren Interviews wurde berichtet, dass sich bei Adressat:innen der Arbeit, auch solchen aus migrantischen und muslimischen Kontexten, teilweise inhaltliche Überschneidungen mit Rechtsaußenpositionen und auch positive Bezugnahmen auf Rechtsaußenakteur:innen zeigten.

Lediglich von zwei Befragten wurden hierbei Fälle benannt, bei denen eine dezidierte Verknüpfung in der ideologischen Selbstverortung vorlag (z. B. ein Klient, der islamistische Prediger konsumierte, zu seinen Vorbildern aber auch Adolf Hitler zählte). Verschiedene Befragte berichteten jedoch von jungen Muslim:innen, die AfD-Posts likten und teilten oder im Gespräch mit ihnen offene Sympathien für Positionen der Partei äußerten. Aus der Arbeit mit stärker Ideologisierten hieß es in einem Interview etwa: „ich habe einige tatsächlich, die zum Beispiel Demokratie und Wahlen verteufeln und auch gar nicht etwas als hohes Gut sehen oder etwas, was man bewahren sollte. Aber ‚wenn ich wählen gehen würde, würde ich die AfD wählen'. Das ist schon etwas, was häufiger kommt" [Int. 8, 00:21:06–00:21:24]. Zuspruch fänden dabei insbesondere Familienbild und Geschlechterrollenverständnis der Partei sowie deren Einstellung zu LGBTQIA+-Themen.

Inhaltliche Schnittmengen beim Thema „Gender" wurden darüber hinaus von der Mehrheit der Befragten (auch jenen, die keine positiven AfD-Bezugnahmen benannten) aus ihren Arbeitsfeldern berichtet. Eine Grenze der Parteinahme – so die mehrheitliche Position bei der gemeinsamen Ergebnisdiskussion – würden jedoch für viele Adressat:innen nach wie vor die Ansichten der AfD zum Islam und zu Migration bilden: „Ich würde AfD wählen, wenn die Position jetzt zu Islam nicht so wäre, wie sie ist" so fasste etwa ein:e westdeutsche Teilnehmer:in die bei einigen ihrer Klient:innen wahrgenommene Haltung zusammen [FG-Diskussion, 00:55:28–00:56:05]. Die Migrationspolitik der Partei wurde wiederum besonders für die ostdeutsche Klientel als Ausschlusskriterium benannt, da Geflüchtete hier eine Hauptgruppe bilden.

Fachkräfte aus dem Westen beobachteten allerdings teilweise auch, dass junge Menschen mit längerer Einwanderungsbiografie sich von diesen „Nachzügler[n]" [FG-Diskussion, 00:49:20] abgrenzten und diesen gegenüber durchaus eine harte Asylpolitik befürworten würden. Dahinter stehe, so ein:e Befragte, „die Haltung ‚die sind dran schuld, dass wir alle jetzt zu einem schlechten Licht dastehen'" [Int. 12, 01:23:22–01:23:43]. Zu dieser Thematik wurde deshalb bei Adressat:innen aus postmigrantischen Communities ein weiterer Andockpunkt für Rechtsaußenakteure gesehen, „weil die ja das Problem auch mit diesen problematischen Migranten, die wir ja nicht sind, dann lösen wollen" [Int. 12. 01:23:33–01:23:41].

Online, analog, onlife?

Analoge und digitale Welt sind besonders für viele junge Menschen inzwischen untrennbar miteinander verschränkt. Für die Gestaltung von Prävention ist dennoch von Interesse, welche Relevanz analogen und digitalen Interaktionen bei Hinwendungen zum sowie für fortschreitende Radikalisierungen im Islamismus jeweils zukommt. Trotz zunehmender Forschung sind auch weiterhin Fragen etwa zum Stellenwert reiner Online-Radikalisierung oder zum unterschiedlichen Gewaltpotenzial von Online- und Offline-Prozessen offen beziehungsweise strittig (etwa Kenyon et al., 2022; Halpin & Wilson, 2022). Hinzu kommt, dass Reichweite und Relevanz digitaler Räume von hoher Dynamik geprägt sind. Vor diesem Hintergrund wurde in der jetzigen Erhebung erneut gefragt, welche Entwicklungen die Expert:innen in dieser Hinsicht in ihren Arbeitskontexten wahrnehmen.

Zunehmende Bedeutung und gesteigerte Dynamik von Onlineverläufen
In der ersten, zwei Jahre zurückliegenden, Erhebung wurde zwar eine wachsende Bedeutung von Onlinekontexten in Hinwendungs- und Radikalisierungsverläufen konstatiert, sowohl den Erstkontakt mit islamistischen Inhalten, als auch die weitere Radikalisierung betreffend. Doch gaben nur einzelne Expert:innen an, dass sie in ihrer Arbeit auch Fällen originärer Online-Radikalisierung begegneten. Stattdessen wurde von verschiedenen Befragten explizit betont, dass in den ihnen bekannten Radikalisierungsverläufen stets auch analoge Bezüge relevant waren.

In der aktuellen Erhebung wurde zwar ebenfalls betont, dass sich in den betreuten Fällen Radikalisierungsverläufe weiterhin mehrheitlich hybrid gestalteten. Doch zeigte sich eine Veränderung dahingehend, dass nun eine deutliche Mehrheit der Befragten von – soweit für die Fachkräfte erkennbar[11] – reinen Onlineverläufen auch aus ihren Arbeitskontexten zu berichten wussten. Als charakteristisch für diesen Verlaufstyp wurden dabei defizitäre soziale Einbindungen sowie psychische Problemlagen benannt.

In Übereinstimmung mit aktuellen sicherheitsbehördlichen Einschätzungen (BfV, 2025, S. 206) wurde außerdem die Beobachtung geschildert, dass Radikalisierungen online eine gesteigerte Dynamik aufweisen. Erklärt wurde

11 *Von verschiedenen Befragten wurde diese Aussage dahingehend relativiert, dass sie keinen allumfassenden Einblick in die soziale Welt ihrer Klient:innen hätten.*

dies zum einen damit, dass Jugendliche, unter anderem infolge von Plattformdynamiken (vgl. Hohner, 2025) im digitalen Raum schneller in Kontakt mit radikaleren, gewalthaltigeren Inhalten und Akteur:innen kommen. Zum anderen wurde argumentiert, dass in diesen Kontexten gewaltablehnende Personen weniger als Korrektiv fungieren als in analogen Gruppen, da in Onlinewelten entsprechende Bindungen sehr viel fragiler und neue Gleichgesinnte sehr viel leichter verfügbar sind. Ein Interviewee brachte diese Dynamik mit den Worten auf den Punkt: „Wenn der nicht mitmacht, dann ist er halt raus" [Int. 2, 01:23:15–01:23:17]. Gleichzeitig wurde betont, dass solche Entwicklungen im digitalen Raum frühzeitiger identifizierbar seien und nicht unbedingt in realweltliches Handeln mündeten.

Analoge Bezüge für Gewaltverläufe weiterhin relevant

Bei der Frage, welcher Stellenwert solchen onlinebasierten Radikalisierungsverläufen im gewaltbereiten Spektrum insgesamt zukommt, zeigte sich schließlich auch eine von den Sicherheitsbehörden divergierende Sichtweise. So konstatiert der aktuelle Verfassungsschutzbericht mit Blick auf dschihadistische Radikalisierungen junger Menschen, dass sich diese inzwischen überwiegend in den Online-Raum verlagert hätten (BfV, 2025, S. 206). Im Unterschied dazu wurde von den befragten Expert:innen mit Blick auf ihr betreutes Fallspektrum eine fortgesetzte Bedeutung auch analoger Bezüge konstatiert: In mehreren Interviews wurde betont, dass in Fällen weitergehender Radikalisierung, insbesondere wenn diese in gewalthaltige Entwicklungen mündeten, Kontakte und Austauschbeziehungen in der analogen Welt weiterhin relevant seien. Als solche realweltlichen Bezüge wurden gemeinsame Gesprächskreise, Seminare sowie die persönliche Unterstützung und 'Betreuung' durch einen Prediger benannt.

Online im Erstkontakt zentral, jedoch nicht in allen Konstellationen

Für den Erstkontakt mit entsprechenden Inhalten wurde allerdings der Konsum von Online-Content für die überwiegende Mehrzahl der Fälle inzwischen als wichtigster Faktor erachtet. Als eine Ausnahme wurden herkunftslandbezogene Extremismen in stark segregierten Strukturen (etwa in Teilen der tschetschenischen Community) genannt, bei denen auch familialen Bezügen ein hoher Stellenwert bescheinigt wurde. Als weitere Ausnahme wurden einzelne westdeutsche Regionen mit etablierten Szenestrukturen vor Ort benannt, in denen sich ein Wiedererstarken auch analoger Ansprachen zeige (vergleiche „Ansprachetrends“).

Insgesamt zeigte sich damit im Vergleich mit der Befragung von 2022/2023, bei einer Betonung weiterhin relevanter realweltlicher Bezüge, eine nochmals verstärkt wahrgenommene Relevanz von Onlinezugängen sowie von onlinebasieren Verläufen in den Arbeitskontexten der befragten Fachkräfte.

Hoher Handlungsbedarf

Zentrale Bedeutung wurde dabei weiterhin dem Social-Media-Format TikTok zugesprochen, dessen Gefahrenpotenzial nochmals deutlich stärker problematisiert wurde als in der Befragung vor zwei Jahren. Ein Teil der Befragten sprach sich deshalb entschieden für Altersbegrenzungen im Zugang aus. Andere bezweifelten deren Effektivität oder lehnten diese aus grundsätzlichen Erwägungen ab und plädierten stattdessen für verstärkte Kompetenzförderung sowie konsequentere Plattformregulierung. Einigkeit bestand jedoch in der wahrgenommenen Brisanz aktueller Entwicklungen im digitalen Raum und in einem konstatierten Handlungsbedarf, der deutlich über aktuelle Maßnahmen hinausgehen sollte. In besonders pointierter Weise brachte dies ein:e Expert:in auf den Punkt: „alle Kolleginnen und Kollegen, die ich spreche, sagen […] das ist hier kurz, fünf vor zwölf schon vorbei, sozusagen. Die Gesellschaft kann davon zerstört werden […]. Und wir sehen nicht, dass irgendwie im politischen Bereich oder auch in Medien […] eine Sensibilität oder auch ein Problembewusstsein da ist in dem Maße, wie wir das, die in dem Bereich arbeiten, haben“ [Int. 9, 01:28:28–01:28:58].

Auswirkungen politischer Ereignisse und Debatten

In der Erhebung von 2024/2025 wurde erstmals gezielt nach dem Einfluss aktueller gesellschaftlicher Ereignisse und Entwicklungen auf das Arbeitsfeld der Expert:innen gefragt. Neben den eingangs diskutierten Auswirkungen auf Handlungsspielräume der eigenen Arbeit wurden hierzu vor allem zwei Themenfelder benannt, die den bundesdeutschen Diskurs in den zurückliegenden Monaten stark geprägt haben. Diese wurden allerdings weniger im Hinblick auf konkret wahrgenommene Radikalisierungsprozesse diskutiert. Das Hauptaugenmerk galt vielmehr den wahrgenommenen Auswirkungen dieser Debatten auf junge Menschen, insbesondere solchen mit familialer Migrationsgeschichte und aus

muslimischen Herkunftskontexten, sowie den damit verbundenen potenziellen Folgen für die Empfänglichkeit und Verwundbarkeit junger Menschen gegenüber islamistischen Ansprachen.

Debatten um Migration

Problematisiert wurden in dieser Hinsicht zum einen gesellschaftliche Auseinandersetzungen um das Thema ‚Migration', die sich seit Ende 2023 anhand verschiedener Ereignisse weiter zuspitzten. Dabei wurden insbesondere drei Ereignisse beziehungsweise Entwicklungen benannt: Ein starker Effekt wurde einmal den Enthüllungen der Rechercheplattform *Correctiv* über das sogenannte „Potsdamer Treffen" von Rechtsaußenakteuren Ende 2023 zugesprochen, auf dem ein „Masterplan zur Re-Migration" diskutiert wurde, der auch Menschen mit deutscher Staatsbürgerschaft einschloss.[12] Als einflussreich wurden des Weiteren der Anschlag von Solingen sowie die Folge weiterer tödlicher Anschläge von Menschen mit Fluchtbiografie im Jahr 2024 gewertet, in deren Nachgang es verstärkt zu Forderungen nach verschärften Abschiebungen und teilweise auch zu Übergriffen auf migrantisch gelesene Menschen kam. Eine große Wirkung wurde schließlich auch den deutlichen Stimmenzuwächsen der AfD bei mehreren ostdeutschen Landtagswahlen in 2024 und bei der Bundestagswahl Anfang 2025 zugesprochen.

Diese Debatten und ihre Auswirkungen auf Menschen aus nicht-deutschen Herkunftskontexten wurden in einem Großteil der Interviews thematisiert. Dabei wurde ihnen insbesondere von Befragten aus ostdeutschen Bundesländern ein starker Einfluss auf das Handlungsfeld bescheinigt.

Benannt wurden zum einen Gefühle der Entfremdung und Verunsicherung, die den Befragten in Gesprächen mit jungen Menschen begegneten. Betreute Klient:innen würden sich etwa fragen: „gehöre ich hier noch hin oder wo ist mein Platz?" [Int. 8, 00:05:24–00:05:26]. Berichtet wurde teilweise aber auch von ausgeprägten Ängsten, die vor allem bei jungen Menschen mit Fluchtbiografie ausgelöst und befördert worden seien. So

12 *Teilnehmende und Inhalten des Treffens wurden im Januar 2024 durch Correctiv öffentlich gemacht. Diese Enthüllungen lösten in breiten Teilen der Gesellschaft große Empörung aus und führten bundesweit zu Gegendemonstrationen mit teilweise mehreren zehntausend Teilnehmenden, wodurch das Thema über Monate sehr stark medial präsent war.*

konstatierte ein:e Befragte:r aus einem ostdeutschen Bundesland: „dieses Treffen in Potsdam hat eine wahnsinnige Unsicherheit unter migrantischen Jugendlichen ausgelöst. […] Weil da die Bedrohungslage oder das Bedrohungsgefühl sehr schnell sehr akut wird bei den Betroffenen“ [Int. 7, 00:11:08–00:11:35]. In ähnliche Richtung schilderte ein:e weitere ostdeutsche Expert:in die Rückmeldungen von Multiplikator:innen in ihrem Arbeitsumfeld: „Schulsozialarbeiter und auch Lehrkräfte sind angesprochen worden von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund, ob sie jetzt zurück in das andere Land müssen […] Und teilweise haben die geweint“ [Int. 9, 00:35:22–00:35:34].

Von verschiedenen – sowohl ost- als auch westdeutschen – Interviewten wurde darüber hinaus die Einschätzung formuliert, dass von diesen Entwicklungen auch der Islamismus profitiere. So sprach eine Interviewperson den Wahlerfolgen der AfD einen unmittelbaren Einfluss auf das eigene Handlungsfeld zu, „weil wir mit größeren Anfeindungen und größerer Ablehnung und einer Normalisierung von Islamfeindlichkeit zu tun haben“ [Int. 10, 00:05:44–00:05:51]. Dies wurde insofern als ein „Radikalisierungstreiber“ [Int. 10, 00:05:54] gewertet, als von diesen Ausgrenzungs- und Diskriminierungserfahrungen unmittelbar Betroffene auch potenziell anfälliger für die Botschaften islamistischer Akteur:innen seien.[13] Konstatiert wurde zudem, dass Islamist:innen diese Entwicklungen sehr gezielt aufgriffen und diese sich auch sehr gut mit der islamistischen Agenda verknüpfen ließen. So bescheinigte ein:e Expert:in dem aktuellen Anti-Migrationsdiskurs, das „klassische Abgrenzungsnarrativ“ [Int. 1, 00:15:08–00:15:11] des Islamismus zu bestärken und dort als Argument für das propagierte Scheitern von Integrationsbemühungen und den Rückzug auf das eigene ‚Muslimsein‘ zu fungieren. Mit Blick auf ausgelöste Ängste im Zuge der Remigrations- und Abschiebedebatten berichtete ein:e weitere Expert:in aus dem eigenen Arbeitskontext, dass „wir dann wiederum sehen, dass das natürlich ein Einfallstor ist für problematische Akteure, genau solche Ängste aufzugreifen und die Leute damit abzuholen“ [Int. 12, 00:50:06–00:50:14].

13 *Auch wenn konkrete Zusammenhänge zwischen Diskriminierungserleben und einer Vulnerabilität für Islamismus noch vertiefend zu erforschen sind, haben diverse Studien bereits eine Relevanz entsprechender Erfahrungen aufgezeigt (u. a. Neitzert et al., 2024). Auch konnte gezeigt werden, dass individuelle Diskriminierungserfahrungen und soziale Deprivation starke Prädiktoren für den Konsum extremistischer Inhalte sind (Nieniertza et al., 2019). Zur strategischen Instrumentalisierung antimuslimischer Diskurse durch islamistische Gruppen vgl. u. a. Er 2025.*

In einzelnen Interviews wurden – aus westdeutschen, großstädtischen Regionen und in Bezug auf junge Menschen aus der „postmigrantischen" (Rotter 2023), in Deutschland geborenen und aufgewachsenen, Generation – aber auch andere Umgangsweisen berichtet. Teilweise wurde hier beobachtet, dass Angehörige dieser Gruppen zunehmend selbst sehr ablehnende Haltungen gegenüber Geflüchteten vertreten. „Die sind das Problem und die können ruhig abgeschoben werden" [Int. 13, 00:31:22–00:31:25] – so charakterisierte eine Interviewperson diese Haltung unter ihren Zielgruppen, die ihr auch andere Fachkräfte der Jugendarbeit in ihrer Region bestätigt hätten. Neben den klassischen, aus der Migrationsforschung bekannten Abgrenzungsdynamiken gegenüber neu Zugezogenen wurde hier auch ein unmittelbarer Zusammenhang mit den jüngsten Migrationsdebatten gesehen. Denn hier zeige sich, so der:die bereits zitierte Expert:in, „quasi [eine] Übertragung von dieser großen Debatte auf Jugendliche, die dann auch nach unten treten […] Also Debatten lösen schon aus, dass man sich distanzieren will" [Int. 13, 00:31:47–00:32:28].

Dies waren zugleich auch Kontexte, aus denen teilweise auch Sympathiebekundungen für AfD-Positionen berichtet wurden (vgl. „Überschneidungen mit Rechtsaußenpositionen").

Auswirkungen des Nahostkonflikts

Das Thema, das in der aktuellen Erhebung durchgängig als zentraler – in vielen Interviews sogar als mit Abstand einflussreichster – politischer Einflussfaktor auf das Handlungsfeld benannt wurde, waren der Hamasüberfall und der anschließende Gazakrieg sowie insbesondere die Reaktionen auf diese Geschehnisse in Deutschland.

Interviewübergreifend wurde konstatiert, dass das Thema von islamistischen Akteur:innen gezielt in ihrer antiwestlichen und antidemokratischen Agitation aufgegriffen wurde und dass sich in entsprechenden Beiträgen auch sehr häufig antisemitische Narrative und Argumentationen fänden (vgl. auch Hartwig, 2024).

Sehr unterschiedlich fielen dagegen die Einschätzungen dazu aus, inwiefern diese Ereignisse auch zu einem Anstieg antisemitischer Manifestationen

von jungen Menschen im Arbeitsfeld geführt hätten. In einzelnen Interviews wurde ein deutlicher Anstieg sowohl von entsprechenden Meldungen als auch von angebotsseitig wahrgenommenen Vorfällen benannt. Problematisiert wurden in dieser Befragtengruppe neben antisemitischen Parolen und Symbolen auf Demonstrationen auch Äußerungen von betreuten Klient:innen sowie Positionierungen von Jugendlichen in schulischen Kontexten. Das Spektrum berichteter Manifestationen reichte hier von der Verwendung antisemitischer Stereotype (etwa ‚Kindermörder Israel') und von Symbolen mit Hamasbezug (wie das Rote Dreieck) bis hin zu explizit judenfeindlichen Aussagen (etwa Gleichsetzung von Juden:Jüdinnen mit ‚dem Teufel'). In Bezug auf junge Menschen wurde allerdings auch die Einschätzung formuliert, dass diesen der antisemitische Bedeutungshorizont bestimmter, in anti-israelischen Protesten präsenter Parolen oder auch der Hamas-Bezug von verwendeten Symbolen nicht immer bewusst sei.

Andere Befragte berichteten zwar ebenfalls einen zeitweisen Anstieg von themenbezogenen Beratungsanfragen und Fallmeldungen, vor allem aus schulischen Kontexten. Sie führten dies jedoch primär auf Fehlinterpretationen sowie auf Handlungsunsicherheiten und wahrgenommenen Handlungsdruck[14] auf Seiten der Fallmeldenden zurück. Mehrere Befragte gaben zudem an, dass die Zahl der Anfragen mit Antisemitismusbezug nach dem 07.10. bei ihren Angeboten deutlich niedriger als erwartet ausgefallen sei. Konstatiert wurde zwar auch von diesen Expert:innen, dass Antisemitismus innerhalb der Zielgruppen ihrer Arbeit existiere und ein bearbeitungsrelevantes Problem darstelle. Doch stellten sie diesbezüglich keine oder kaum Veränderungen im Vergleich zur Zeit vor dem Hamasüberfall fest.

In welchem Maße diesen unterschiedlichen Rückmeldungen tatsächlich regional unterschiedliche Ausprägungen zugrunde liegen oder inwieweit sie (auch) durch unterschiedliche Problemwahrnehmungen und -deutungen der Akteur:innen beeinflusst sind, lässt sich im Rahmen dieser Erhebung nicht im Detail nachvollziehen. Im Interviewmaterial deuten

14 *Als relevant hierfür wurden, neben einer hoch sensibilisierten politischen und medialen Debatte, schulbehördliche und ministerielle Rundschreiben in vielen Bundesländern benannt, die Lehrende zu besonderer Wachsamkeit gegenüber Antisemitismus aufforderten, teilweise auch das Tragen der Kufiya untersagten oder dazu aufforderten, Verdachtsfälle an die Sicherheitsbehörden zu melden. Diesen Maßnahmen wurde wiederholt bescheinigt, dass sie bei Lehrkräften zu Verunsicherungen bezüglich des Umgangs mit israelkritischen und propalästinensischen Positionierungen von Schüler:innen geführt hätten (vergleiche auch DIM, 2024).*

sich allerdings Zusammenhänge mit beiden Einflussgrößen an. So wurde eine stark erhöhte Wahrnehmung von Antisemitismus im Handlungsfeld zum einen in Bezug auf einzelne großstädtische Regionen berichtet, in denen es seit dem 07.10. ein besonders stark ausgeprägtes pro-palästinensisches Demonstrationsgeschehen, auch unter Beteiligung islamistischer und offen antisemitischer Akteure, gab. Zum anderen wurden entsprechende Einschätzungen von Akteur:innen formuliert, die entweder selbst in ihrer Arbeit einen Schwerpunkt auf Antisemitismus setzen oder aber stark mit Akteur:innen der Antisemitismusprävention vernetzt sind. In dieser Gruppe fanden sich zudem Positionen, die eine unzureichende Auseinandersetzung mit Antisemitismus in den pädagogischen Angeboten der Islamismusprävention problematisierten. Von Befragten, die keinen relevanten Anstieg von Antisemitismus bei ihren jugendlichen Zielgruppen konstatierten, wurden dagegen häufiger die Grundlagen entsprechender Einschätzungen hinterfragt. So wurde eine wahrgenommene Ausweitung des Antisemitismusbegriffs im Kontext der aktuellen Konflikteskalation problematisiert und insbesondere Lehrkräften wurde bescheinigt, israelkritische Positionen häufig vorschnell und in unzutreffender Weise als ‚antisemitisch' einzuordnen.[15] Der stärkere Problemfokus auf unzutreffendes Antisemitismus-Labeling in dieser Befragtengruppe korrespondierte wiederum mit einer insgesamt starken Problematisierung von rassistischen und islamophoben gesellschaftlichen Haltungen in diesen Interviews.

Die unterschiedlichen Einschätzungen der befragten Fachkräfte zeichnen so einerseits ein differenzierteres Bild der Entwicklungen insbesondere in schulischen Kontexten – als es einige Medienberichte und politische Statements in den zurückliegenden Monaten nahelegten. Diese hatten teilweise in sehr pauschaler und empirisch nicht belegter Weise eine starke Zunahme antisemitischer Vorfälle in deutschen Schulklassen konstatiert.[16] Die berichteten Eindrücke aus den Arbeitskontexten der befragten Expert:innen verweisen dagegen nicht nur auf regional unterschiedliche Ausprägungen. Sie verdeutlichen auch, dass solche auf Meldeverhalten basierenden Trendaussagen gerade in Zeiten aufgeheizter gesellschaftlicher

15 *In diesem Zusammenhang wurden auch kontraproduktive Effekte für die Antisemitismusprävention diagnostiziert: problematisiert wurde, dass solche pauschalen Einordnungen zu einem Bedeutungsverlust des Begriffs bei den Zielgruppen führten, Zugänge zu diesen verbauten und in der Konsequenz die Thematisierung tatsächlichen Antisemitismus erschwerten.*

16 *Vergleiche zur medialen Berichterstattung die Kritik des Deutschen Instituts für Menschenrechte, DIM, 2024, S. 17; zur schulbezogenen Resolution des Deutschen Bundestags Zimmerer, 2025, XXXI.*

Debatten stets kritisch zu sehen und genauer auf ihren Gehalt zu prüfen sind. Andererseits wird erkennbar, dass auch das Arbeitsfeld der Islamismusprävention von den Diskurslinien und Fraktionierungen der bundesdeutschen Debatte zum Themenkomplex Israel/Palästina mit ihren jeweiligen Positionierungen und Solidarisierungen und damit auch verbundenen unterschiedlichen Problemsensibilisierungen[17] durchzogen ist.

Fehlende Diskursräume für junge Menschen
Unabhängig von diesen divergierenden Einschätzungen und Positionierungen waren sich die Befragten jedoch in zwei Punkten überwiegend einig:

Konstatiert wurde zum einen, dass viele junge Menschen besonders in den ersten Monaten nach Beginn des Krieges die Ereignisse intensiv verfolgten – mit der Folge, dass sie, vor allem auf Social Media, mit emotional sehr aufwühlenden und überfordernden Berichten und Bildern aus dem Kriegsgeschehen konfrontiert wurden, die zum Teil erhebliche Ängste auslösten. Die wahrgenommenen Effekte im Arbeitsfeld schilderte ein:e Befragte:r wie folgt: „Also es waren viele verängstigte Jugendliche, die jetzt irgendwie sagen, ja, es ist jetzt irgendwie, das Ende kommt. Das Ende des Lebens oder der Untergang der Welt. […] Dieses Ohnmachtsgefühl“ [Int. 5, 00:48:45 – 00:48:59].

Zum anderen wurde interviewübergreifend problematisiert, dass es in der deutschen Auseinandersetzung mit dem 07.10. und seinen Folgen an geschützten Räumen für junge Menschen mangelte, in denen sie ihre mit den Ereignissen verbundenen Emotionen artikulieren und ihre divergierenden Sichtweisen auf den Konflikt in einem respektvollen, sicheren Rahmen hätten vertreten können. Das Fehlen solcher Räume wurde insbesondere in Bezug auf muslimische und pro-palästinensisch sich verortende Personen, aber auch mit Blick auf Juden und Jüdinnen konstatiert. Ein entsprechender Mangel wurde generell für die deutsche Debatte benannt, darüber hinaus aber besonders mit Blick auf den pädagogischen Kontext Schule formuliert.

17 *Deutliche Zusammenhänge zwischen der eigenen politischen Positionierung zum Nahostkonflikt und der jeweiligen Wahrnehmung aktueller antisemitischer und antimuslimischer Manifestationen konnten in einer Studie etwa auch für Forschende mit Nahostbezug und das Konfliktfeld ‚Hochschule' gezeigt werden (Grimm et al., 2025).*

Hierbei wurde Schulen und Lehrkräften bescheinigt, teilweise durchaus in guter Weise mit dem Thema und damit verbundenen Sorgen und Fragen der Jugendlichen umgegangen zu sein. Es wurden aber auch zahlreiche Beispiele benannt, in denen Schulen entweder von vornherein jeden Austausch zum Thema unterbanden oder aber pro-palästinensische Positionierungen sowie kritische Aussagen gegenüber der israelischen Politik seitens der Lehrkräfte als unzulässig und antisemitisch eingeordnet wurden.[18]

Konstatierte Folgewirkungen

Als Folgen dieses fehlenden diskursiven Raums wurden von den Expert:innen – mit je nach Perspektive unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen – eine Reihe negativer Auswirkungen, sowohl für die Entwicklung der betroffenen jungen Menschen als auch für die Gesamtgesellschaft, benannt. Problematisiert wurde zum einen, dass der vermeidende oder einseitige Umgang mit jugendlichen Wahrnehmungen des Konflikts auch verhindert habe, dass damit verbundene Überforderungserfahrungen bearbeitet und so zumindest abgemildert werden konnten.

Des Weiteren wurde bei den Adressat:innen der Arbeit eine Ent-Täuschung und Entfremdung von der Mehrheitsgesellschaft sowie ein (weiterer) Verlust von Vertrauen in den deutschen Staat, die etablierten Medien und in demokratische Strukturen insgesamt wahrgenommen. So fasste etwa eine Interviewperson die ihr begegnenden Positionen in Workshops mit Schüler:innen zum Thema mit den Worten zusammen: „Und auf der einen Seite ja Meinungsfreiheit, aber wir dürfen ja unsere Meinung nicht sagen und wir werden sofort abgestempelt“ [Int. 3, 00:07:56–00:08:03].

Schließlich wurde konstatiert, dass dieser Mangel zu einer Suche nach alternativen – vor allem digitalen – Räumen geführt habe, in denen diese Themen diskutiert wurden und den jungen Menschen vermittelt wurde, dass sie mit ihren Emotionen ernstgenommen werden. Hier wurde zugleich ein bedeutsames Einfallstor für islamistische Akteur:innen gesehen, die die aktuelle Eskalation des Nahostkonflikts online gezielt aufgriffen und mit ihren Narrativen über die vermeintliche ‚Verlogenheit‘ der westlichen

18 *Ein entweder vermeidender oder zensierender Umgang von Schulen mit der Thematik wurde nicht nur im Rahmen dieser Befragung thematisiert. So schilderten auch auf einer Fachtagung der Bundeszentrale für politische Bildung am 05./05. Mai 2025 in Köln auf einem Workshop zum Thema ‚Nahostkonflikt‘ mehrere anwesende Präventionsfachkräfte und Schulsozialarbeiter:innen vergleichbare Erlebnisse.*

Welt und ihrer demokratischen Prinzipien verknüpften. Ein:e Expert:in brachte diesen Zusammenhang folgendermaßen auf den Punkt: „Und das ist unglaublich gefährlich, weil das genau das Thema ist, zu dem […] vor allen Dingen die Hizb ut-Tahrir mit sehr professionell gemachten Content […] agitiert. […] und das ist dann ein Problem, wenn die Kinder, Jugendlichen […] emotional die Erfahrung machen, dass es tatsächlich so ist, dass für bestimmte Themen und für sie dann in dem Fall Meinungsfreiheit nicht herrscht" [Int. 9, 00:05:35–00:06:28].

Insofern wurde der Umgang der deutschen Politik und Gesellschaft mit dem Thema in verschiedenen Interviews auch als potenziell radikalisierungstreibend, als „co-radikalisierend" [Int. 9, 00:03:03] bewertet. Denn, so das Fazit ein:er Expert:in „wenn man Menschen erst einmal so weit hat, dass sie sich nicht hier zu Hause fühlen, […] mit ihren Sorgen, mit ihren berechtigten Anliegen […] nicht gehört und nicht gesehen werden. Da muss nur jemand kommen und sie abholen" [Int. 12, 01:19:16–01:19:38].

Konkrete entsprechende Effekte wurden zum Interviewzeitpunkt aus den Arbeitsfeldern allerdings nicht berichtet. Die Einschätzung lautete vielmehr, dass sich die Auswirkungen dieser Dynamiken in zukünftigen Radikalisierungsverläufen abbilden würden.

Regionale Spezifika

Bei der Frage nach regionalen Spezifika des Radikalisierungsgeschehens lässt sich als übergreifende Tendenz aus den Expert:innenrückmeldungen zunächst festhalten, dass regionale Unterschiede – vor dem Hintergrund von zunehmend onlinebasierter Agitation und Ansprache – eine immer geringere Rolle dafür spielen, mit welchen Strömungen des Islamismus junge Menschen in Kontakt kommen, welcher ideologischen Richtung sie sich anschließen und wie weitere Radikalisierungswege verlaufen. Regionale Differenzen wurden, größtenteils in Fortschreibung von Befunden aus der Vorgängererhebung, vor allem in folgender Hinsicht erkennbar:

Zum einen verteilen sich die verschiedenen ideologischen Strömungen nach wie vor auf unterschiedliche westliche, großstädtische Zentren. Insofern

sind bei weiterhin stattfindenden analogen Kontaktanbahnungen in diesen Zentren auch regional jeweils unterschiedliche Akteur:innen relevant.

Des Weiteren wurden Stadt-Land-Differenzen dahingehend formuliert, dass in ländlichen Regionen – anders als im Rechtsextremismus – Akteursstrukturen in der Regel nur sehr gering ausgeprägt sind. In der Folge wurde hier Online-Zugängen eine nochmals höhere Relevanz zugewiesen. Außerdem wurde für analoge Kontakte eine Orientierung auf städtische Zentren, zum Teil auch in angrenzenden Bundesländern, konstatiert.

Schließlich zeigten sich weiterhin charakteristische Spezifika der ostdeutschen Bundesländer sowohl in Bezug auf das dort relevante islamistische Akteursspektrum (starke inhaltliche und personelle Bezüge zu Herkunftskontexten, geschlossene Gruppen, gering ausgeprägte Infrastruktur) als auch hinsichtlich der Zusammensetzung der für islamistische Ansprachen vulnerablen Gruppen (Geflüchtete, Konvertit:innen).

Wissens- und Handlungsbedarf

Forschung mit hohem Praxisbezug

Gefragt nach ihren Wünschen an zusätzliche, für ihre Arbeit hilfreiche Forschungsaktivitäten wurde von den Fachkräften nur wenig weitergehender Bedarf an grundlegender Forschung zu Radikalisierungsursachen und radikalisierungsbefördernden Faktoren benannt. Der aktuelle Kenntnisstand zu diesen Aspekten wurde überwiegend als für die eigene Arbeit ausreichend eingeschätzt – mit Ausnahme des Themenfelds Social-Media-Rezeptionen (s. u.). Der Schwerpunkt des formulierten Interesses lag auf der Generierung unmittelbar praktisch nutzbaren Wissens zur ‚Angebotsseite' islamistischer Akteure und Narrative sowie zum Umgang mit diesen Phänomenen im Beratungs- und Präventionsalltag. Benannte Bedarfe bezogen sich vor allem auf folgende Themenfelder:

Erweitertes Monitoring des Predigerspektrums: Gewünscht wurde ein Ausbau bestehender digitaler Monitorings zum Predigerspektrum und zu dessen Rekrutierungsaktivitäten in einer Weise, die den Wandel von

Ansprachen, Inhalten und Zielgruppen regelmäßig systematisch erfasst und übersichtsartig darstellt und dabei auch die jeweilige Attraktivität verschiedener Ansprachestrategien für junge Menschen aufzeigt. Angeregt wurde außerdem eine Ergänzung dieses Angebots um ein Monitoring, das auch analoge Aktivitäten (vergleichbar zum Phänomenfeld Rechtsextremismus) in den Blick nimmt.

Anwendungsorientierte Forschung zu Social-Media: Zum Themenfeld ‚Social Media' wurde darüber hinaus ein Bedarf an Forschung formuliert, die konkret bei der Entwicklung von Gegenaktivitäten unterstützt. Benannt wurden unter anderem Studien zur Wirkungsweise von Narrativen, im Verbund mit der Entwicklung alternativer, für junge Menschen attraktiver Narrative. Gewünscht wurden außerdem (weitere) Untersuchungen zu den Effekten und Reichweiten von Gegencontent sowie systematische Übersichten zu existierenden Ansätzen und damit vorliegenden Umsetzungserfahrungen. Schließlich wurden Forschungsarbeiten zu den radikalisierenden Effekten von neuen digitalen Entwicklungen wie KI als hilfreich erachtet, um die Relevanz stärkerer Regulierungen des digitalen Raums untermauern zu können.

Akteur:innen im ‚Graubereich': Mit Blick auf konkrete Akteur:innen wurde mehr anwendungsbezogenes Wissen insbesondere zu Gruppen und Einzelpersonen gewünscht, die sich nicht offen gewaltbefürwortend und dezidiert demokratiefeindlich positionieren, jedoch gewisse inhaltliche Schnittmengen mit extremistischen Positionen aufweisen. Als besonders herausfordernd wurden hier Konstellationen benannt, in deren Argumentation sich problematische Positionen, etwa mit Blick auf Andersdenkende und gesellschaftliche Vielfalt, mit teilweise begründeten Kritikpunkten, etwa in Bezug auf Diskriminierungserfahrungen oder Nahostdiskurse, verbinden. Ein möglicher Beitrag von Forschung wurde in diesem Zusammenhang bei fachlichen wie auch bei normativen Klärungen gesehen: Zum einen wurden Einordnungshilfen zu konkreten Akteur:innen und ihren Narrativen gewünscht, zum anderen ein Beitrag zur grundsätzlichen Klärung der Frage, ab wann Akteur:innen und ihre Botschaften aus einer pädagogischen Perspektive als präventionsrelevant einzuordnen sind.

Mehr Aufmerksamkeit auf …

Abschließend wurde erneut gefragt, auf welche Entwicklungen Politik, Gesellschaft und Sicherheitsbehörden mehr Aufmerksamkeit legen sollten, als es aktuell geschieht. Genannt wurden hier unter anderem die zunehmende Rezeption internationaler Prediger, extremistische Teilszenen in der nordkaukasisch-tschetschenischen Community sowie die Situation in den syrischen Lagern für ehemalige IS-Kämpfer:innen und die mit dieser Situation verbundenen Risiken. Außerdem wurde weiterhin – wie bereits in 2022/2023 – eine stärkere Beachtung von fundamentalistischen und extremistischen Tendenzen in evangelikalen christlichen Strömungen für erforderlich erachtet. Problematisiert wurden dabei sowohl Manifestationen an Schulen als auch der Einfluss dieser Gruppen in Politik und Gesellschaft.

Darüber hinaus wurde in verschiedenen Interviews in diesem letzten Fragenblock nochmals der Bogen zu den eingangs skizzierten wahrgenommenen Verschärfungen, die finanziellen wie politischen Rahmenbedingungen der Arbeit betreffend, geschlagen. Der Tenor war hier, dass es vor allem grundlegender Veränderungen bei diesen Rahmenbedingungen bedürfe, damit Prävention gegen islamistischen Extremismus erfolgversprechend gestaltet werden könne.

Fazit

Für die zweite Befragung des regionalen Expert:innenpanels „Islamistischer Extremismus“ konnten erneut feldkundige Fachkräfte der Beratungs- und Distanzierungsarbeit gewonnen werden, die aus ihren Arbeitskontexten heraus sowohl wichtige Facetten der ‚Angebotsseite‘ islamistischer Radikalisierungen (bei jungen Menschen angesagte Akteur:innen und ihre Ansprachestrategien) als auch der ‚Nachfrageseite‘ (Adressat:innen der Präventionsangebote und ihre Charakteristika) sowie aktuelle, Radikalisierungen befördernde Dynamiken beleuchteten. Dabei zeigte sich im Vergleich zur ersten Befragung teilweise eine Fortschreibung von Konstellationen und Trends, in verschiedener Hinsicht aber auch eine weitere Dynamisierung und Verschärfung von Entwicklungen.

Als besonders problematisch werteten die Expert:innen aktuelle Entwicklungen im Online-Bereich – vor allem die hohe TikTok-Präsenz und TikTok-Kompatibilität von Akteur:innen sowie den zunehmenden Einsatz von KI in der Produktion und Kommunikation ideologischer Botschaften. Die interviewübergreifend konstatierte Verjüngung der Adressat:innen erscheint vor diesem Hintergrund weniger als isolierter Trend, denn als Ausdruck einer tiefgreifenden Veränderung von Sozialisations- und Politisierungsprozessen. Zugleich zeigen die berichteten Einblicke in Fallverläufe und lokale Konstellationen, dass auch unter diesen Bedingungen analoge Bezüge – für Zugänge zu Strukturen, aber vor allem für weitergehende Radikalisierungen und Gewaltverläufe – weiterhin eine Rolle spielen.

Die Ausführungen der Expert:innen verdeutlichen zudem, dass jugendliche Annäherungen an religiös gerahmte, demokratie- und menschenfeindliche Positionen aktuell keineswegs immer über klar abgegrenzte Szenen und offen islamistische Protagonist:innen erfolgen. Als zunehmend relevant in den Arbeitsfeldern der Befragten erweisen sich vielmehr Akteur:innen, die sich einer eindeutigen Zuordnung als ‚extremistisch' entziehen, jedoch in ihre Deutungsangebote und propagierten Wertvorstellungen Versatzstücke islamistischer Positionen einbauen und fluide Übergänge zu diesen bilden. Gerade diese Graubereiche werden von den Fachkräften als besonders herausfordernd beschrieben und markieren einen bislang unzureichend erforschten Ansatzpunkt.

Ein weiteres, viele Interviews prägendes, Thema war das Erstarken von Rechtsaußenakteuren und -positionen im parlamentarischen wie im diskursiven Raum. Auswirkungen auf das Phänomenfeld „Islamismus" wurden zum einen in Gestalt (co-)radikalisierender Dynamiken beschrieben. Dabei wurden mit diesen Entwicklungen verbundene Diskriminierungs- und Entfremdungserfahrungen, insbesondere bei jungen Menschen mit Migrationsgeschichte, als bedeutsame Andockpunkte für islamistische Narrative identifiziert. Zum anderen berichteten die Fachkräfte von spürbaren Veränderungen der politischen und institutionellen Rahmenbedingungen präventiver Arbeit, die auch ihre Handlungsspielräume merkbar verengen.

Im Zentrum vieler Interviews standen außerdem der Hamasüberfall vom 7. Oktober 2023, der anschließende Gazakrieg und die Auswirkungen in Deutschland. Bei teilweise divergierenden Problemwahrnehmungen, in denen sich die Fraktionierungen der deutschen Debatte spiegelten, zeigte sich zugleich große Einigkeit in der Problematisierung insbesondere des schulischen Umgangs mit diesem Thema: Konstatiert wurde eine diskursive Verschließung gegenüber den Emotionen und divergierenden Perspektiven junger Menschen, der zugleich bescheinigt wurde, damit neue Resonanzräume für die demokratiefeindlichen Narrative islamistischer Akteur:innen eröffnet zu haben.

Die Befragung liefert damit vielschichtige Einblicke in aktuelle Dynamiken im Phänomenfeld „islamistischer Extremismus“, wobei das Hauptaugenmerk der Befragten, ihrem Arbeitsauftrag gemäß, auf Gefährdungen und Vulnerabilitäten junger Menschen lag. Dabei machen die Schilderungen aus der Präventionspraxis eine Verdichtung mehrerer Dynamiken sichtbar: Eine zunehmende Digitalisierung jugendlicher Lebenswelten, Plattformlogiken, KI-gestützte Kommunikation, damit verbunden beschleunigte Emotionalisierung, Krisenerfahrungen und gesellschaftliche Polarisierungen greifen ineinander und erzeugen so ein Hinwendungen und Radikalisierungen potenziell beförderndes Umfeld.

Insbesondere die Beobachtungen und Positionierungen der Expert:innen im Zusammenhang mit der Nahostdebatte verdeutlichen darüber hinaus einmal mehr zum einen die Standortgebundenheit von Radikalisierungswahrnehmungen, zum anderen den Einfluss politischer und medialer Debatten sowohl auf diese Wahrnehmungen als auch auf die Dynamiken und Charakteristika von Radikalisierungsprozessen selbst.

Am Beispiel des eskalierten Nahostkonflikts zeigen die Erfahrungen aus dem Präventionsalltag zudem, dass radikalisierungsbefördernde Effekte politischer Großereignisse nicht nur aus diesen Ereignissen selbst oder ihrer Instrumentalisierung durch extremistische Akteur:innen resultieren. Die Schilderungen der Expert:innen machen vielmehr deutlich: Hierfür spielt auch eine Rolle, ob und in welcher Weise eine Gesellschaft Räume zur Verfügung stellt, die eine Thematisierung und emotionalen Bearbeitung dieser Ereignisse ermöglichen.

Indem sie diese Zusammenhänge sichtbar machen, verweisen die geschilderten Feldeinblicke zugleich darauf, dass Prävention gegen islamistischen Extremismus nicht isoliert von breiteren gesellschaftlichen Entwicklungen gedacht werden kann, sondern auf tragfähige demokratische Diskursräume, verlässliche institutionelle Unterstützung und eine reflektierte politische Einbettung angewiesen ist.

Literatur

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) & Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) (2025). *Verfassungsschutzbericht 2024.* https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/verfassungsschutz-berichte/2025-06-10-verfassungsschutzbericht-2024.pdf?__blob=publicationFile&v=4

CLAIM (2025). *Zivilgesellschaftliches Lagebild antimuslimischer Rassismus. Antimuslimische Vorfälle in Deutschland 2024.* https://www.claim-allianz.de/content/uploads/2025/06/claim_lagebild-2024-stand-17.6.25-1.pdf?x49682 [25.06.2025].

Deutsches Institut für Menschenrechte (2024). *Die Folgen des 7. Oktober 2023 in Deutschland. Antisemitismus rechtsstaatlich bekämpfen.* Berlin. https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Weitere_Publikationen/Bericht_Die_Folgen_des_7._Oktober_in_Deutschland_DIMR.pdf

Er, S. (2025). Reziproke Radikalisierung? Zur strategischen Instrumentalisierung antimuslimischer Diskurse durch Akteure aus dem Umfeld der Hizb ut-Tahrir. *Ligante 8,* S.48-53.

Goldenbaum, H. & Schliephack. C. (2025). *Islamismus, Radikalisierung und Prävention in Ostdeutschland.* https://www.bpb.de/themen/infodienst/563556/islamismus-radikalisierung-und-praevention-in-ostdeutschland/

Glaser, M. (2023). „Weil das jetzt wirklich in den Mainstream reingeht". Aktuelle Radikalisierungsdynamiken aus Sicht der Praxis. Ergebnisse der regionalen Expert*innenbefragung 2022/2023. In U. Kemmesies et al. (Hrsg.), *MOTRA-Monitor 2022* (S. 179-209). MOTRA.

Glaser, M. (2025). Unter dem Radar: Protest und Mobilisierung gegen Geflüchtetenzuzug. Ergebnisse der MOTRA-Expert*innenbefragung 2023/2024. In U. Kemmesies et al. (Hrsg.), *MOTRA-Monitor 2023/24* (S. 227-262). MOTRA.

Glaser, M. & Johansson, S. (2023). „Die haben mit Plastik gespielt, und ich hab' einen Diamanten". Potenziale eines biografieanalytischen, gendersensiblen Blicks auf Hinwendungen und Distanzierungen im Feld des islamistischen Extremismus, In Langner, J., Zschach, M., Schott, M. & Weigelt, I. (Hrsg.). *Jugend und islamistischer Extremismus. Pädagogik im Spannungsfeld von Radikalisierung und Distanzierung* (S. 127-145). Verlag Barbara Budrich.

Grimm, J., Chojnacki, S., Schreieder, N., Moya, G., Iman, E. & Sixta, T. (2025). *Deutsche Wissenschaft seit dem 7. Oktober: Selbstzensur und Einschränkungen unter Forschenden mit Nahostbezug.* https://www.interact.fu-berlin.de/_media/WP202501_v0_7.pdf

Halpin, J. D.& Wilson, C. (2022). How online interaction radicalises while group involvement restrains: A case study of action zealandia from 2019 to 2021. *Political Science, 74* (1), 18-33.

Hartwig, F. & Hänig, A. (2022). *Monitoring der Peripherie des religiös begründeten Extremismus (PrE).* https://modus-zad.de/wp-content/uploads/2022/05/modus_bpb_Jahresbericht_2021.pdf

Hartwig, F. (2024). Instrumentalisierung des Nahostkonflikts in den sozialen Medien. *Ligante 7, Der Nahostkonflikt als Katalysator.* S. 32-37.

Hohner, J. (2025). Wie TikTok Radikalisierung und politisch motivierte Kriminalität fördert. *Zeitschrift Kriminalistik. 04/2025.*

Modus Zad (2025). *KN:IX Trendreport Hybride Strategien auf Social Media: Popkulturelle Inszenierung, Geschlechterrollen und Radikalisierung.* https://modus-zad.de/wp-content/uploads/2025/10/KNIX-connect-Trendreport-01-25.pdf

Kenyon, J. R., Binder, J. F., & Baker-Beall, C. (2022). Online radicalization: Profile and risk analysis of individuals convicted of extremist offences. *Legal and Criminological Psychology, 28* (1), 74-90. https://doi.org/10.1111/lcrp.12218

Kałwak, W., Weziak-Bialowolska, D., Wendołowska, A. et al. (2024). Young adults from disadvantaged groups experience more stress and deterioration in mental health associated with polycrisis. *Sci Rep 14,* 8757. https://doi.org/10.1038/s41598-024-59325-8

Möller, P. (2025). *Alter Wein in neuen Schläuchen. Das Ende von Generation Islam und Realität Islam.* https://www.academia.edu/143124165/Das_Ende_von_Generation_Islam_und_Realit%C3%A4t_Islam_Alter_Wein_in_neuen_Schl%C3%A4uchen

Neitzert, A., Miguel Müller, N., Lux, C. & Wielopolski-Kasaku, A. (2024). *Gibt es einen Nexus zwischen Migration und Radikalisierung? Eine wissenschaftliche Spurensuche. Kurzanalyse 04/2024.* Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/Kurzanalysen/kurzanalyse4-2024-nexus-zwischen-migration-und-radikalisierung.pdf?__blob=publicationFile&v=10

Nienierza, A., Reinemann, C., Fawzi, N., Riesmeyer, C., & Neumann, K. (2019). Too dark to see? Explaining adolescents' contact with online extremism and their ability to recognize it. *Information, Communication & Society,* 24(9), 1–18. https://doi.org/10.1080/1369118X.2019.1697339

Rotter, A. (2023). *Postmigrantische Generation. Das intergenerationale Familiengedächtnis als Bildungsprozess.* transcript.

Shoshani A & Kor A. (2024). The longitudinal impact of the COVID-19 pandemic on adolescents' internalizing symptoms, substance use, and digital media use. *Eur Child Adolesc Psychiatry. 2024 May 33*(5), 1583-1595.

Verfassungsschutz Brandenburg (2024). TikTokisierung. des Islamismus. Herausforderung für Staat, Sicherheitsbehörden und unsere Demokratie (Sonderbericht 2023/24). Ministerium des Innern und für Kommunales Brandenburg. https://mik.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/TikTokisierung_des%20Islamismus_Vorabver%C3%B6ffentlichung_VSB%202023.pdf

Zimmerer, J. (2026). Preface. October 7, 2023 and the German Culture of Remembrance: The many facets of German Staatsräson. In Zimmerer, J. (Hrsg.). *Germany's History Wars: Contesting Memory and Identity Today* (S. V-XLVI). De Gruyter.